

Wiedervereinigung ist der elementare Ausdruck der deutschen Politik

Auf der 12. Bundestagung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU nahm u. a. Bundesaußenminister Dr. Schröder zur Wiedervereinigungspolitik Stellung. Wörtlich sagte Dr. Schröder:

„Wir werden uns immer wieder fragen, was wir heute tun können, nachdem bereits zwanzig Jahre vergangen sind, um dem Ziel der Wiedervereinigung zu dienen. Ich sehe dabei vor allem zwei Aufgaben:

1. Wir dürfen in unserer Forderung nach Freiheit und Selbstbestimmung nicht nachlassen. Wir müssen die Sowjetunion und auch unsere Verbündeten immer wieder darauf hinweisen, daß die Wiedervereinigung eine rechtliche und moralische Verbindlichkeit der Siegermächte ist. Niemand in der Welt darf Grund zu der Annahme erhalten, wir betrachteten die kommunistische Diktatur in der Zone als endgültig.

2. Wir müssen ferner die Gemeinsamkeit unseres Volkes über den Stacheldraht und über die Mauer hinweg erhalten und pflegen. Ein Auseinanderleben der Deutschen in Ost und West muß mit allen Mitteln verhindert werden. Wir müssen die Hoffnung bei uns und unseren Landsleuten in der Zone aufrechterhalten, auch wenn wir heute nicht sehen können, wann und wie die Wiedervereinigung Wirklichkeit werden wird.

Und deswegen richte ich von hier aus ein herzliches Wort an unsere Landsleute in der Zone: Ich möchte Ihnen zunächst allen die Versicherung geben, daß das, was ich gerade dargelegt habe, nicht die Fassade der deutschen Politik, sondern daß dies der Ausdruck der deutschen Politik selbst ist. Ich möchte Ihnen sagen, daß wir mit den Gedanken und mit dem Herzen bei Ihnen sind. Ich möchte Ihnen sagen, daß wir Ihre Standhaftigkeit und Ihre Leistungen bewundern und daß wir auf Sie als unsere Lands-



Außenminister Schröder

leute stolz sind. Ich möchte Sie bitten, an allem, was uns gemeinsam ist, festzuhalten. Ich möchte Sie bitten, nie die Hoffnung zu verlieren.

Im Interesse unserer Sicherheit

Von Bundesminister Dr. Heinrich Krone

Das andere große Ziel der deutschen Politik neben der Wiedervereinigung ist die Sicherung des deutschen Volkes diesseits und jenseits der Zonen-grenze. Die deutsche Sicherheitspolitik kann nur durch das deutsche Interesse bestimmt sein. Dem steht nicht entgegen, daß unsere Sicherheit untrennbar mit der unserer Alliierten verbunden ist. Es mag sein, daß die Sicherheit des deutschen Volkes zur Zeit weniger gefähr-

det erscheint als in früheren Jahren; wir müssen aber weiterhin darauf eingestellt sein, daß die internationale Politik jederzeit unerwartet Wechsel-fälle mit sich bringen kann. Die Wachsamkeit aufzugeben und in der Verteidigungskraft nachzulassen, wäre gefährlich. Auf nicht absehbare Zeit kann der Schutz, den die Anwesenheit alliierter Truppen und Waffen in Europa bietet, durch nichts anderes ersetzt werden. Gerade

das deutsche Interesse verlangt, daß die Präsenz der Vereinigten Staaten in Europa in vollem Umfang gewahrt wird. Ebenso brauchen Deutschland und Europa die atlantische Allianz und die nordatlantische Verteidigungsorganisation. Wir müssen gleichfalls auf die Einigung Europas bedacht sein, um auf weite Sicht ein Europa zu schaffen, das auch in seiner Verteidigung ein weit höheres Maß an Selbständigkeit gewinnt, als

es jetzt die einzelnen europäischen Staaten haben oder erlangen können. Große Sorgen bereitet uns eine in letzter Zeit entstandene Neigung, in den militärischen Berechnungen des Westens von einer verminderten Feindstärke auszugehen, obwohl die gegnerische Stärke in Wirklichkeit nicht abgenommen hat. Bei aller Suche nach Entspannung darf die Bereitschaft des Gegners, den militärischen Druck in Europa aufrechtzuerhalten, nicht unterschätzt werden. Die gegenwärtige Phase der Entspannung beruht offenbar darauf, daß die Sowjetunion in den vergangenen Jahren ihre Kräfte überspannt hat und jetzt eine Erholungspause benötigt. Niemand kann wissen, wie lange diese Pause dauert. Bisher sind alle Entspannungsphasen jedenfalls nach einiger Zeit einer neuen Spannung ge-

wichen. Die Bundesrepublik ist keine Gefahr für irgend jemanden in Europa oder außerhalb Europas, und auch ein wiedervereinigtes Deutschland wird keine Gefahr für seine Nachbarn sein. Die einzig reale Gefahr, mit der Europa zu tun hat, ist nach wie vor die Bedrohung durch die Übermacht der Sowjetunion, die mitten in unserem Lande steht.

Die Welt und unsere Verbündeten immer wieder auf diese Bedrohung aufmerksam zu machen, fortlaufend auf die Untragbarkeit der deutschen Spaltung in Europa hinzuweisen und ständig die berechtigten Interessen unserer Sicherheit herauszustellen, ist eine der wichtigen Aufgaben gegenwärtiger deutscher Politik. Daß eine solche Politik nicht ohne Erfolg ist, haben die Ergeb-



Bundesminister Krone

nisse der jüngst stattgefundenen Konferenzen in der Allianz deutlich bewiesen.

Forschungsbeirat für Fragen der deutschen Wiedervereinigung

Es genügt nicht, allgemein die deutsche Einheit zu beschwören und die Wiedervereinigung zu fordern. Man muß konkret auf sie hinarbeiten und sie konkret vorbereiten, heißt es in dem jetzt veröffentlichten Tätigkeitsbericht des Forschungsbeirates für Fragen der Wiedervereinigung Deutschlands beim Bundesminister für Gesamtdesche Fragen. Man müsse auf die Wiedervereinigung vorbereitet sein, wie wenn sie morgen geschehe; hierzu im wirtschaftlichen und sozialen Bereich durch Analysen und durch Empfehlungen für eine Übergangszeit beizutragen ist der Sinn des Forschungsbeirates, einer unabhängigen und überparteilichen Institution, in der die politischen Parteien des Bundestages und die Spitzenorganisationen des öffentlichen und des wirtschaftlichen Lebens zusammenwirken.

Aus dem Tätigkeitsbericht bringen wir einige Gesichtspunkte.

1. Die Wiedervereinigung soll in Frieden und Freiheit vor sich gehen. Die Entscheidung über die innere Ordnung eines geeinten Deutschland wird zu gegebener Zeit das deutsche Volk in seiner Gesamtheit nach den Grundsätzen der Demokratie zu treffen haben. Dies bedeutet einerseits Verzicht auf Gewalt, andererseits die Verpflichtung, den wahren Willen der Bevölkerung zu achten. Alle Arbeiten des Forschungsbeirates sollen dazu dienen, die Vor-

aussetzung für eine Entwicklung zu schaffen, die von den Deutschen in West- und Mitteleuropa gemeinsam selbst bestimmt wird. Auf diese Weise wird auch sichergestellt, daß die Wiedervereinigung nicht zu einem „Anschluß“ Mitteldeutschlands wird.

2. Leitbild ist eine betont soziale Markt- und Wettbewerbswirtschaft. Es besteht kein Zweifel, daß die mitteleuropäische Bevölkerung, wenn sie frei und geheim abstimmen könnte, mit überwältigender Mehrheit das kommunistische Zwangssystem der Bundesrepublik gewählt,

ablehnen und eine freiheitliche Gestaltung der Lebensbedingungen verlangen würde. Wäre es anders, bräuchten die Machthaber freie Wahlen nicht zu scheuen, und sie bräuchten sich auch nicht durch den ständigen und totalen Einsatz eines großen Machtapparates zu sichern. Mit einer freiheitlichen Ordnung wäre die zentralistische Zwangswirtschaft und kommunistische Plan- und Wirtschaftsbürokratie unvereinbar. Vorbereitende wirtschafts- und sozialpolitische Überlegungen der Wiedervereinigung müssen deshalb davon ausgehen, daß die deutsche Wirtschaft nach der Wiedervereinigung entsprechend den Grundsätzen der Markt- und Wettbewerbswirtschaft zu ordnen sein wird, natürlich unter starker Berücksichtigung moderner sozial- und gesellschaftspolitischer Notwendigkeiten. Entsprechend hat der Forschungsbeirat für seine Arbeit als Leitbild die Prinzipien der sozialen Marktwirtschaft der Bundesrepublik gewählt.

Die Verwerfung des Prinzips der Zwangswirtschaft und ihrer spezifischen Institutionen bedeutet natürlich nicht, daß damit von vornherein und ungeprüft alle heutigen Einrichtungen des wirtschaftlichen und sozialen Lebens der SBZ verworfen werden.

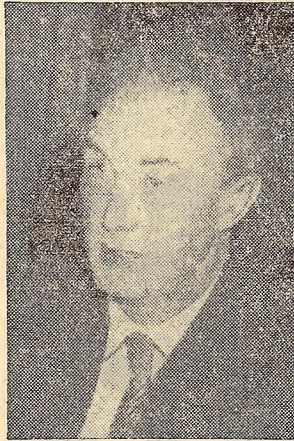
3. In der Wiedervereinigung sollen Mittel- und Westdeutschland zu einem einheitlichen Wirtschaftsgebiet verschmelzen. Zug um Zug damit ist die heutige Wirtschaftsgrenze zwischen Mittel- und Westdeutschland aufzuheben. In dem wiedervereinigten Wirtschaftsgebiet ist schleunigst das freie Hin und Her für Menschen, Güter, Geld und Leistungen zu gewährleisten.

4. Auch wenn die notwendigen politischen Voraussetzungen geschaffen sind bzw. deren Entwicklung gesichert ist, wird die wirtschaftliche Umgestaltung und Verschmelzung eine gewisse Zeit des Überganges brauchen. Die Dauer dieser Transformation und Integration ist nicht voraussagen, sie soll so kurz wie möglich sein. Auf jeden Fall wird sie bis zum vollen Wirksamwerden des gesamtdeutschen Gesetzgebers und der gesamtdeutschen Regierung dauern. Aber auch dann noch wird eine gewisse Zeit benötigt werden für die Realisierung der Entscheidungen der gesamtdeutschen Instanzen.

5. Die Aufgabe des Forschungsbeirates hat ihr Schwergewicht in der Vorsorge für die Übergangszeit. Seine Arbeit zielt vor allem dahin, im Übergang jedem Chaos vorzubeugen, die Arbeitsplätze und die Kontinuität des wirtschaftlichen Geschehens zu sichern, die soziale Betreuung nicht abreißen zu lassen und mittels Zwischenregelungen dem gesamtdeutschen Gesetzgeber die Freiheit der Entscheidung zu wahren. Insbesondere die Regelung der Eigentumsverhältnisse, die in Mitteldeutschland durch den Sowjetkommunismus grundlegend verändert sind, sowie etwaiger Entschädigungen ist Sache des gesamtdeutschen Gesetzgebers.

6. Im Rahmen eines einheitlichen Wirtschaftssystems ist es durchaus möglich, für kürzere oder längere Zeit zugunsten be-

stimmter Gebiete besondere Maßnahmen zu treffen. Solche Maßnahmen sind bei der Wiedervereinigung auch nötig, um die mitteldeutsche Wirtschaft in die Lage zu versetzen, den Rückstand, den sie gegenüber der westdeutschen Wirtschaft hat, möglichst bald aufzuholen. Die Herstellung voller Wettbewerbsfähigkeit muß das Ziel sein. Es ist daher Mitteldeutschland sofort eine wirksame Start-



Präsident des Forschungsbeirates, Dr. Johann E. Gradl

hilfe zu gewähren, die zu gegebener Zeit durch Maßnahmen im Rahmen einer besonderen regionalen Wirtschaftspolitik abgelöst werden sollte. In Ausnahmefällen können auch vorübergehend einzelne spezielle Schutzmaßnahmen erforderlich werden. Es darf nicht dazu kommen, daß die mitteldeutsche Wirtschaft in der Umstellungszeit durch die stärkere Kraft, Markt- und Wettbewerbsfernhaltung der westdeutschen Wirtschaft um Eigenständigkeit und Entwicklungsmöglichkeiten gebracht wird.

7. In welchem Umfang der mitteldeutschen Wirtschaft mit finanziellen und sonstigen Starthilfen beigesprungen werden muß, hängt von der Situation bei der Wiedervereinigung ab. Gelegentliche Vermutungen, daß es sich um Größen handelt, die sich im Rahmen der finanziellen und sonstigen Möglich-

keiten Gesamtdeutschlands nicht bewältigen lassen oder nur unter Vernachlässigung anderer wichtiger Belange, hält der Forschungsbeirat auf Grund seiner Untersuchungen für irrig. Die Einbußen und die Lasten, die uns heute die Spaltung auferlegt, wiegen schwerer. Die Vereinigung der beiden Wirtschaftskörper sowie die Befreiung Mitteldeutschlands von den heutigen Beengungen und Spannungen werden zusätzliche Impulse und Leistungen schaffen. In welchem Maße sie erwartet werden können, zeigt sich in dem Leistungsstand, den die mitteldeutsche Industrie trotz der heutigen Umstände dank der Tüchtigkeit der Menschen immerhin erreicht hat.

8. Der soziale Wert eines Regimes hängt nicht davon ab, ob es sich als Arbeiter- und Bauern-Staat bezeichnet und seine Funktionäre entsprechend deklariert. Er hängt vielmehr von der Freiheit und Würde, dem Wohlstand und der gesellschaftlichen Mitwirkung, die jedem einzelnen, insbesondere auch den arbeitenden Menschen gewährleistet werden. Die modernen Entwicklungen in der Bundesrepublik — betriebliches und überbetriebliches Mitbestimmungsrecht, Eigentumsförderung und -streuung, Volksaktien und neue Unternehmensformen, leistungsgerechte Altersrenten usw. — müssen für Mitteldeutschland ebenso realisiert werden wie die Freiheit der Gewerkschaften und des Verbandswesens überhaupt.

9. Das konkrete Gelingen der Wiedervereinigung mit möglichst wenig Reibungen im wirtschaftlichen und sozialen Bereich erfordert geeignete Maßnahmen auch im Umbau der mitteldeutschen Verwaltung, im Neuaufbau der Gerichtsbarkeit, in der Wiederherstellung der Selbstverwaltung in Mitteldeutschland und in der Gestaltung der Rechtsordnung, die sich in beiden Teilen Deutschlands immer entgegengesetzter entwickelt. Dies sind Aufgaben jenseits des Auftrages des Forschungsbeirates. Aber es muß doch darauf hingewiesen werden, daß sich die zuständigen amtlichen Stellen damit befassen müssen, soweit es nicht schon geschehen ist.

Präsident Johnson zum Vietnamkonflikt

In der vielbeachteten Rede vor der John-Hopkins-Universität in Baltimore stellte der Präsident der USA Lyndon B. Johnson die Gründe für die Unterstützung Südviets durch die USA gegen die Aggression des nordvietnamesischen Staates heraus. Der Präsident sagte u. a.: „Die erste Realität ist, daß Nordvietnam den unabhängigen Staat Südvietnam angegriffen hat. Sein Ziel ist die totale Eroberung.“

„Über diesem Krieg — und über ganz Asien — lastet eine zweite Realität: Der düstere Schatten des kommunistischen Chinas. Die Machthaber in Hanoi stehen unter dem Zwang Pekings. Dies ist ein Regime, das die Freiheit in Tibet zerstört hat, Indien angegriffen hat und von den Vereinten Nationen wegen der Aggression in Korea verurteilt wurde. Dies ist ein Land, das den Mächten der Gewalttätigkeit auf nahezu jedem Kontinent der Erde Hilfe bietet. Der Kampf in Vietnam ist Teil eines umfassenderen Schemas aggressiver Zielsetzungen.“

Warum wir in Vietnam sind

Was gehen diese Realitäten jedoch uns an? Warum sind wir in Südvietnam? Wir sind dort, weil wir ein Versprechen zu halten haben. Seit 1954 hat jeder amerikanische Präsident dem südvietnamesischen Volk Unterstützung angeboten. Wir haben aufbauen und verteidigen geholfen. So haben wir über viele Jahre hinweg als Nation uns verpflichtet, Südvietnam bei der Verteidigung seiner Unabhängigkeit zu helfen. Und ich gedenke unser gegebenes Versprechen zu halten.

Dieses Versprechen zu brechen — und dieses kleine und tapfere Volk seinem Feind preiszugeben — und damit dem Terror, der darauf folgen muß — das wäre ein unverzeihliches Unrecht.

Wir sind ferner in Südvietnam, um die Ordnung der Welt zu stärken. Auf der ganzen Erde — von Berlin bis Thailand — sind Menschen, deren Wohlergehen zum Teil auf dem Ver-



Präsident Johnson

trauen beruht, daß sie auf uns zählen können, wenn sie angegriffen werden. Vietnam seinem Schicksal zu überlassen, würde das Vertrauen in den Wert amerikanischer Versprechen erschüttern. Die Folge davon würde vermehrte Unruhe und Unsicherheit oder gar Krieg sein.

Wir sind ferner dort, weil große Dinge auf dem Spiel stehen. Möge doch niemand glauben, daß ein Rückzug aus Vietnam den Konflikt beenden würde. Der Kampf würde in einem anderen Land — und dann wieder in einem weiteren — erneut entbrennen. Die Hauptlehre aus der Geschichte unserer Zeit besteht darin, daß der Hunger der Aggression nie zu stillen ist. Sich von einem Schlachtfeld zurückzuziehen, bedeutet lediglich, sich auf ein anderes vorzubereiten. Wir

müssen in Südostasien — so wie wir es in Europa getan haben — mit den Worten der Bibel sagen: „Bis hierher und nicht weiter“.

Da sind einige, die erklären, daß all unsere Anstrengungen vergeblich sein werden — daß die Macht Chinas derart sei, daß ganz Südostasien unter seine Herrschaft kommen müsse. Aber dieses Argument würde erst dann entfallen, wenn alle Nationen Asiens verschlungen worden sind.

Andere wiederum fragen sich, warum wir dort eine Verantwortung haben sollen. Wir haben sie aus dem gleichen Grunde, aus dem wir eine Verantwortung für die Verteidigung der Freiheit Europas tragen. Der zweite Weltkrieg wurde sowohl in Europa wie in Asien ausgefochten und als er endete, sahen wir uns mit der unablässigen Verantwortung für die Verteidigung der Freiheit betraut.

Unser Ziel in Vietnam

Unser Ziel ist, daß Südvietnam unabhängig ist und frei von Angriffen. Wir wollen nichts für uns selbst — wir wollen nur, daß dem südvietnamesischen Volk gestattet wird, sein eigenes Land nach seiner eigenen Weise zu gestalten. Wir werden alles tun, was notwendig ist, um dieses Ziel zu erreichen. Und wir werden nur das tun, was notwendig ist.“

Liebe Leser!

Wir möchten gern wissen, wo diese Wochenausgabe verteilt worden ist. Schreiben Sie bitte auf einer Ansichtskarte oder Postkarte mit falschem Absender, wo Sie dieses Blatt gefunden haben, an folgende Anschrift: Kurt Hoffmann, Berlin 42, Siebertweg 88.

Wir danken für Ihre Hilfe.